

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Multiplikator bisher falsch berechnet](#)
2. [Die drohende Inflation - geht es jetzt an Rente und Erspartes?](#)
3. [Rezessionsgefahr rasant gestiegen - IMK-Indikator auf Warnstufe gelb](#)
4. [Sahra Wagenknecht - Schäuble liefert Masterplan für Demokratieabbau](#)
5. [Paul Krugmans Ratschläge - und Angela Merkels Zögern](#)
6. [Kraftprobe - Daimler legt sich mit dem Betriebsrat an](#)
7. [Strafen für Erwerbslose auf Rekordniveau](#)
8. [Langfristig mehr Hunger](#)
9. [Kurzschluss](#)
10. [Röslers Markttransparenzstelle hält nicht, was sie verspricht](#)
11. [NATO wechselt Markennamen](#)
12. [Die wilde Wut des Gerhart Baum](#)
13. [Linksfraktion fordert Recht auf Zulassung zum Studium](#)
14. [Gesellschaft Deutscher Chemiker: Keine weitere Beteiligung am CHE-Ranking](#)
15. [Ehepaar Kachelmann bei Jauch - Nachgeplapperte Lügen](#)
16. [Wolfgang Bittner: Plagiatoren - Der beliebteste deutsche Vorname](#)
17. [Wege aus der europäischen Krise - Konferenz über Alternativen zur Sparpolitik](#)
18. [Zu guter Letzt: Klaus von Wagner über Europa](#)
19. [NachDenkSeiten-Podcast](#)

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)*

1. **Multiplikator bisher falsch berechnet**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird seit vielen Jahren immer wieder massiv wegen seiner harten Sparauflagen kritisiert, die er zur Bedingung für Milliardenkredite an überschuldete Länder macht. Von „Kaputtsparen“ ist dabei häufig die Rede. Auch in der europäischen Schuldenkrise drängte der IWF bisher auf scharfe Einsparungen nicht zuletzt bei Sozial-, Pensions- und Gesundheitsausgaben. Doch in seinem jüngsten globalen Wirtschaftsausblick, den der Fonds vor wenigen Tagen in Tokio präsentierte, vollzieht Chefökonom Olivier Blanchard eine Kehrtwende.

Versteckt in einer Fact-Box kommt der IWF in dem Bericht (Seite 41 bis 43, Anm.) zum Schluss, dass übermäßiges Sparen das erklärte Ziel, die Schulden in einem überschaubaren Zeitraum zu verringern, verfehlt. Das kommt einem indirekten Schuldeingeständnis gleich. Die „Financial Times“ spricht in einem Kommentar von einem „Akt des Aufstands“, mehrere Finanzexperten sprachen am Wochenende von dem wichtigsten makroökonomischen Ereignis dieses Jahres.

Konkret bezieht sich der IWF auf eine Studie, die zeigt, dass der Einfluss der Steuerpolitik auf das Wachstum viel höher ist als bisher angenommen – und als sie der IWF zur Basis für seine Sparauflagen machte. Demnach ging der Fonds in der Regel von einem fiskalpolitischen Multiplikator von 0,5 aus. Das bedeutet, dass die Wirtschaft für jeden Euro an öffentlichen Ausgaben weniger um 0,50 Cent schrumpft. Laut der aktuellen Studie liegt dieser Effekt aber deutlich höher – bei 0,9 bis 1,7.

Quelle: [ORF](#)

2. **Die drohende Inflation - geht es jetzt an Rente und Erspartes?**

Darüber diskutiert Michael Hirz mit:

Oskar Lafontaine (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Saarländischen Landtag) und Prof. Michael Hüther (Direktor Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Moderation: Michael Hirz

Quelle: [phoenix](#)

Anmerkung unseres Lesers S.P.: *Das Thema: „Die drohende Inflation - geht es jetzt an Rente und Erspartes?“ fügt sich zwar völlig in die den deutschen Austeritätskurs flankierende Inflations-Angst-Kampagne des Mainstreams, doch gelingt es Oskar Lafontaine immer wieder, seinem Mitdiskutanten Michael Hüther in die neoliberale Parade zu fahren. Allein bei der klassischen neoliberalen These, wonach die Bekämpfung der Inflation die beste Sozialpolitik sei, ist es Hüther gelungen, Lafontaine m.M.n. ein wenig in die Ecke zu treiben, weil er zugestehen mußte, dass eine höhere Inflation die kleinen Einkommensbezieher hart treffen würde, wenn diese Kaufkraftverluste nicht durch eine entsprechende Erhöhung der Bezüge ausgeglichen würden. Leider hatte ich zu spät eingeschaltet. Deswegen weiß ich nicht, ob schon vorher zur Sprache gekommen war, dass die Zentralbank bis Anfang der 80-er Jahre (soweit ich weiß) bei ihren Entscheidungen auch deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen hatte. Die Fokussierung ihres Mandats auf die reine Inflationsbekämpfung hat dazu geführt, dass sie seit Beginn der 90-iger Jahre jeden noch so kleinen Aufschwung durch Leitzinserhöhungen zuverlässig ausgebremst hat, um „Inflationsgefahren“ vorzubeugen. Wie sehr mag diese blinde Politik wohl den Geringverdienern, ja den Arbeitnehmern insgesamt, geschadet haben?*

„passend“ dazu: Inflation reißt tiefes Loch in Rentner-Budget

Obwohl die Renten in Ost und West seit dem Jahr 2000 teils stärker gestiegen sind als es die Mechanismen für den Generationenausgleich vorsahen, reichen die Erhöhungen für eines nicht mehr: den Lebensstandard zu halten. Deutsche Rentner müssen teils drastische Kaufkraftverluste hinnehmen.

Quelle: [Manager Magazin](#)

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:** In völliger Verdrehung der Tatsachen – aber auf einer Linie mit der Verdummungspropaganda – wird das “Monster Inflation” für die Kaufkraftverluste verantwortlich gemacht – und nicht, wie es korrekt wäre, eine bewußte Politik der Lohn- und Rentenkürzungen.*

3. Rezessionsgefahr rasant gestiegen - IMK-Indikator auf Warnstufe gelb

Die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft in nächster Zeit in eine Rezession gerät, ist im vergangenen Monat rasant angestiegen. Das zeigt der Konjunkturindikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Erstmals in diesem Jahr klettert die vom Indikator ausgewiesene Rezessionsgefahr zeitweilig auf über 40 Prozent. Für den Oktober und November signalisiert der Indikator die mittlere Warnstufe gelb. “Das ist ein deutliches Warnsignal. Unmittelbar scheint in Deutschland zwar noch keine Rezession zu drohen. Die Wahrscheinlichkeit ist aber in den vergangenen Monaten kontinuierlich gewachsen. Und jetzt sind nicht nur die Stimmungsindikatoren schwach. Auch bei wichtigen realwirtschaftlichen Frühindikatoren sieht es trübe aus”, erklärt IMK-Experte Peter Hohlfeld.

Die aktuelle Vorhersage beruht auf dem Datenstand von Anfang Oktober. Für den laufenden Monat weist der Indikator einen markanten Anstieg der Rezessionswahrscheinlichkeit von 32,6 auf 41,8 Prozent aus. Noch drastischer ist der Anstieg bei der Zwei-Monats-Prognose für November: Hier steigt das Rezessionsrisiko von 15,2 auf 43,3 Prozent. Für Dezember weist der Indikator dann eine Wahrscheinlichkeit von 29,7 Prozent aus. Damit liegt auch dieser Wert nur ganz knapp unter der 30-Prozent-Marke, ab der die gelbe Stufe (Unsicherheit) beginnt.

Während noch im vergangenen Monat in erster Linie Stimmungsindikatoren wie der sinkende ifo-Geschäftsklimaindex das Rezessionsrisiko hochtrieben, tragen nunmehr nach der IMK-Analyse verstärkt die realwirtschaftlichen Indikatoren dazu bei. So sind die Auftragseingänge deutlich rückläufig. Das betrifft vor allem die Orders bei Produzenten von Investitionsgütern. Zudem fallen konjunkturstabilisierende Faktoren wie die niedrigen Zinsen immer weniger ins Gewicht. “Offensichtlich überlagern die zunehmend schlechtere Stimmung und die trübere realwirtschaftliche Lage das

eigentlich positive Zinsklime. Die Unternehmen halten sich zunehmend mit ihren Investitionsentscheidungen zurück, weil ihnen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu schwach erscheint“, sagt Hohlfeld. Die konjunkturelle Flaute werde sich zunehmend auch auf die Arbeitslosigkeit auswirken, prognostizieren die Forscher. Ein scharfer Anstieg bleibe zwar vorerst aus, gleichwohl rät das IMK der Bundesregierung frühzeitig gegenzusteuern: Sie solle die Regelungen zur Kurzarbeit rasch wieder so großzügig ausgestalten wie während der akuten Wirtschaftskrise 2009/2010.

Quelle 1: Pressemitteilung IMK (Nicht im Netz)

Quelle 2: [Konjunkturindikator](#)

4. **Sahra Wagenknecht - Schäuble liefert Masterplan für Demokratieabbau**

“Finanzminister Schäuble will die nationalen Parlamente entmachten und auf EU-Ebene einen Parlamentarismus à la carte einführen. Das ist ein Masterplan für Demokratie- und Sozialabbau, der Europa spalten wird, ohne den Euro zu retten“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Vorschläge von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble für eine Reform der EU-Institutionen. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

“Das Letzte, was die Eurozone braucht, ist ein Währungskommissar, der den Mitgliedstaaten weitere Kürzungsprogramme diktiert. Wer die Eurokrise überwinden will, muss die Kürzungsdiktate rückgängig machen und Investitionsprogramme sowie eine Entschuldung der Krisenstaaten durchsetzen. Die Eurostaaten sollten aus dem Würgegriff der Finanzmärkte gelöst und von der EZB direkt mit Krediten versorgt werden. Statt die Bevölkerung zu schröpfen, um Banken zu retten, müssen die Millionäre in Europa für die Kosten der Krise zur Kasse gebeten und die Banken streng reguliert werden. Doch nichts davon hat die Bundesregierung im Sinn. Ihr Masterplan zielt auf die Vorherrschaft deutscher Konzerne und Banken in Europa - zu Lasten der Beschäftigten, Rentner und Arbeitslosen in Deutschland und Europa.“

Quelle: [Sahra Wagenknecht](#)

5. **Paul Krugmans Ratschläge - und Angela Merkels Zögern**

Der US-Ökonom Paul Krugman hat im Frühjahr sein Buch “End This Depression Now!” vorgelegt. Darin gibt es das Kapitel “Euro-Dämmerung”. Krugman ist bekanntlich ein ausgesprochener Euro-Skeptiker. Euro-Land ist für ihn kein optimaler Währungsraum. Aber das heißt nicht, dass er sich den Euro wegwünscht. Das wäre mit zu hohen Kosten verbunden, und zwar nicht nur für die Länder der Währungsunion. Und es wäre das Ende des europäischen Projekts, durch wirtschaftliche Integration dauerhaft Frieden und Demokratie zu sichern.

Da es den Euro aber nun einmal gibt, stellt sich die Frage: Wie kann er überleben? Krugman hat klare Vorstellungen - und spannend ist, sie mit den aktuellen Entwicklungen in der EU abzugleichen. [...]

Krugman würde sich über eine deutlich expansivere Finanzpolitik freuen. Ich würde es ebenfalls tun, und natürlich auch die Spanier und die anderen Defizitländer, sowie nicht zuletzt die Gläubiger in Deutschland. Wachstum löst nicht alle Schuldenprobleme - es vermindert sie aber.

Quelle: [ZEIT Herdentrieb](#)

6. **Kraftprobe - Daimler legt sich mit dem Betriebsrat an**

Der Konflikt um die Schichtreduzierung im Werk Sindelfingen ist eskaliert. Aber um das Werk geht es nur am Rande, denn Daimler-Chef Zetsche muss kräftig sparen. Im Konzern herrscht Alarmstimmung. [...]

Arbeitgeber wollen "atmende Arbeitszeit" pro Tag

Nun wollten die Arbeitgeber angeblich außerdem eine "atmende Arbeitszeit" pro Tag festlegen können, sechs bis neun Stunden, je nach Auftragslage. Außerdem bis zu 20 Stunden Mehrarbeit und Spätschichten an Samstagen sollten ohne Verhandlungen möglich sein. "Das ist eindeutig ein Angriff auf die Mitbestimmungsrechte", heißt es seitens des Konzernbetriebsrats. Und ein Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz sowie gegen gültige Tarifverträge.

Quelle: [WELT](#)

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:** Aus dem Text wird klar, daß Daimler keineswegs sparen *muß* (weil sie Verluste schreiben), sondern auf Kosten der Arbeitnehmer den Gewinn steigern *will*, der nicht ganz so hoch ist wie bei Audi und BMW.*

7. **Strafen für Erwerbslose auf Rekordniveau**

Ein Schreiben nicht beantwortet, einen Termin verpaßt: Das reicht für die Jobcenter, um Hartz-IV-Beziehern ihre ohnehin dürftigen Auszahlungsbeträge zu kürzen. Wie Bild am Dienstag unter Berufung auf Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) meldete, wurden allein im ersten Halbjahr in 520792 Fällen Sanktionen gegen ALG-II-Berechtigte verhängt. Damit könnten es 2012 insgesamt erstmals mehr als eine Million Strafmaßnahmen werden. 2011 waren knapp 912000 mal zeitweilig Bezüge gestrichen worden.

Ein BA-Sprecher bestätigte am Dienstag in Nürnberg die Zahlen. Danach war in mehr als zwei Drittel der Fälle lediglich ein sogenanntes Meldeversäumnis Ursache für die Sanktion, meist eine nicht fristgemäße Beantwortung von Behördenbriefen. BA-Vorstand Heinrich Alt betonte am Dienstag in Berlin, nur in elf Prozent der Fälle würden die Strafen wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit ausgesprochen. 95 Prozent der »Kunden« verhielten sich »rechtskonform und regelkonform«. Die Steigerung bei den Sanktionen sei auf die »gute wirtschaftliche Situation« zurückzuführen, aufgrund derer mehr Angebote gemacht werden könnten.

Proportional steige die Zahl der Strafen. Zumindest letztere Aussage muß bezweifelt werden, da die Zahl der Hartz-IV-Bezieher abgenommen hat. So sank sie in Berlin im September im Vergleich zum Vorjahresmonat um acht Prozent.

Quelle: [Junge Welt](#)

8. **Langfristig mehr Hunger**

Agrarkonzerne und G-8-Staaten sorgen dafür, dass Bauern in Afrika kein kostenloses Saatgut mehr bekommen. Nur Investitionen werden versprochen. [...]

Im Visier der Aktivisten ist derzeit besonders die im Mai beschlossene Initiative der großen Industriestaaten und Russland (G 8) gegen den Hunger in Afrika. Durchgesetzt von US-Präsident Barack Obama, soll diese „Neue Allianz für Ernährungssicherung“ vor allem Privatinvestitionen in die Landwirtschaft des Kontinents erhöhen. Zusagen gibt es beispielsweise vom US-Saatgut- und Pestizidhersteller Monsanto, dem holländischen Lebensmittelkonzern Unilever und dem norwegischen Kunstdüngergiganten Yara. [...]

Auch das G-8-Mitglied Deutschland unterstützt die Allianz. Von 2012 bis 2014 habe die Bundesrepublik dafür 50,2 Millionen Euro zugesagt, heißt es in den Strategiepapieren. „Die Bundesregierung sollte ihre Unterstützung für diese Allianz zurückziehen“, fordert Herre. „Sie verletzt ihre Menschenrechtspflichten.“

Quelle: [taz](#)

9. **Kurzschluss**

Spätestens, als die FDP ihr Herz für Geringverdiener und Hartz-4-Bezieher entdeckt hat, hätte man stutzig werden müssen. Denn natürlich geht es den Liberalen nicht wirklich darum, dass Menschen mit geringem Einkommen nicht an ihrer Stromrechnung verzweifeln. Der zynische Vorstoß soll nichts mit einem neu erblühten sozialen Gewissen zu tun haben, sondern ist nur ein, selbst für FDP-Verhältnisse, zynischer Versuch einer neuen Breitseite gegen die Energiewende, die man trotz gegenteiliger Beteuerungen (Guido Westerwelle nach Fukushima: „Wir haben verstanden!“) nie gewollt hat.

Es ist nicht der erste Versuch, den Ausbau der erneuerbaren Energien trotz Atomausstieg noch zu verlangsamen. Erst Ende August forderte Ex-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle ein Moratorium für die Förderung der regenerativen Energiegewinnung, bei dem er nicht nur den Ausbau sofort zum Stillstand bringen, sondern auch die Betreiber bestehender Anlagen mit Sonderabgaben belegen wollte, da ihr Strom nicht „marktgerecht“, also mit Vorfahrt und voller Auslastung für die Kraftwerke der Energieriesen, ins Netz eingespeist würde.

Damit war Brüderle dann fast schon zu ehrlich und so wollte sich seinerzeit auch niemand all zu offensichtlich hinter den gegen Windräder kämpfenden Don Quichotte

stellen. Doch auch jetzt wird an allen Ecken und Enden getrickst. Traurig dabei: Auch die anderen Parteien geben dabei keine bessere Figur ab.

Quelle: [Der Spiegelfechter](#)

10. **Röslers Markttransparenzstelle hält nicht, was sie verspricht**

Der Minister betreibt bei den Energiepreisen Symbolpolitik - der Verbraucher hat davon nichts

Steigende Energiepreise sind ein Ärgernis für alle Bundesbürger, zumal es kaum möglich ist, sich zu wehren. Zwar steht es jedem Endkunden offen, seinen Strom- und Gasversorger zu wechseln. Doch die nächste Preissteigerung kommt bestimmt - angesichts sinkender Börsenpreise für Strom fühlen sich daher viele Kunden über den Tisch gezogen. Und auch die Tankstellen stehen bei vielen Verbrauchern im Verdacht, die Preise mit heimlichen Absprachen in die Höhe zu treiben - auch wenn das Kartellamt dafür keine Beweise hat.

Quelle: [Telepolis](#)

11. **NATO wechselt Markennamen**

2014 soll aus der ISAF der NATO die ITAM werden. ISAF bedeutete »International Security Assistance Force«. ITAM ist die Abkürzung für »International Training, Advisory and Assistance Mission« - das klingt doch gleich etwas niedlicher und friedlicher. Warum wird aber der Name geändert?

Zur Erklärung mag ein Blick in die Marketingwelt helfen. Hier gilt zunächst: Eine Marke oder einen Markennamen zu etablieren kostet Zeit und Geld. Wenn der Name gewechselt wird, ist das investierte Geld verloren und man beginnt wieder bei Null. Insofern ist das ökonomisch nicht schlau. Trotzdem werden hin und wieder Markennamen geändert, z.B. wenn eine Firma ein identisches Produkt in verschiedenen Ländern unter verschiedenen Markennamen verkauft. Wenn also aus »Raider« »Twix« wird, kann die Firma die internationale Werbekampagnen effektivieren: »Sonst ändert sich nix«, hieß es damals in der Werbung, die den Namenwechsel den deutschen KonsumentInnen bekannt machen und dafür sorgen sollte, dass der Markenaufbau für Raider nicht völlig für die Katz war.

Quelle: [Sozialismus Aktuell](#)

12. **Die wilde Wut des Gerhart Baum**

Die FDP von heute sei zu einer Ein-Thema-Partei verkommen, es brenne in ihr kein liberales Lebensgefühl mehr. Mit der Wende von 1982 habe eine Entwicklung in der FDP eingesetzt zu einem Liberalismus, von dem Peter Sloterdijk gesagt habe, dass dieser "eher für ein Leben auf der Galeere der Habsucht steht". Die wichtigsten Fehler, die Baum seiner Partei vorhält:

Sie erwecke den Eindruck, es ginge ihr nur um "mehr Netto vom Brutto". Doch was tue die FDP für ein ausgeglichenes soziales Verhältnis in der Bundesrepublik? In

Baums Augen nichts. Wegen ihrer "Nützlichkeitsstrategie" zähle Menschlichkeit immer weniger in der Partei.

In der Umwelt- und Bürgerrechtspolitik sei der liberale Kompetenzverlust "besonders schlimm". "Die Grünen", so Baum, "sind im liberalen Bürgertum heute stärker verankert als die FDP."

Im Hinblick auf die Gleichstellung der Frauen in Staat und Gesellschaft habe die FDP nur mit "leeren Versprechungen" operiert. Selbst in der eigenen Parteiorganisation unternehme sie nichts gegen die Unterrepräsentation der Frauen.

Der Wahlerfolg 2009 sei schneller verspielt worden als jemals ein Wahlerfolg zuvor, weil unter Guido Westerwelle der Sprung von der Oppositionspartei in eine Regierungspartei misslungen sei.

Quelle: [Stern](#)

***Anmerkung WL:** Wo Baum Recht hat, hat er Recht. Man könnte die Liste aber beliebig fortsetzen, z.B. die FDP verfolgt nach wie vor ein marktradikales Konzept, sie tut nichts gegen die fortschreitende Umverteilung von unten nach oben, sie will den Sozialstaat weiter abbauen, sie kämpft nicht für die bürgerlichen Freiheit und tut nichts gegen den Überwachungsstaat usw. usf.*

13. **Linksfraktion fordert Recht auf Zulassung zum Studium**

Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung auf, ein Bundeshochschulzulassungsgesetz auf den Weg zu bringen. Erneut würden im kommenden Wintersemester mehr Studenten an die Hochschulen drängen, als eigentlich aufgenommen werden könnten, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/10861). Verstärkt werde dieses Problem in diesem Jahr noch durch die Aussetzung der Wehrpflicht und die doppelten Abiturjahrgänge. Viele Bewerber, so befürchtet die Linke, werden abgewiesen werden.

Dem Bundeshochschulzulassungsgesetz soll aus Sicht der Abgeordneten der Gedanke vorangestellt werden, dass ein Studium ein Bildungsrecht ist. Es solle kein Privileg für Wenige sein. Zulassungs- und Zugangsbeschränkungen müssten überwunden werden. Für grundständige Studiengänge sollen jegliche Zugangsvoraussetzungen über die Studienberechtigung hinaus entfallen. Nach Vorstellung der Fraktion muss das Recht auf einen Masterstudienplatz sichergestellt werden, zusätzliche Zugangsvoraussetzungen neben dem Bachelor sollen ausgeschlossen werden. Die Vergabeverfahren von Studienplätzen müssten transparent und gebührenfrei sein. Es bestehe ein weitaus größerer Bedarf an zusätzlichen Studienplätzen als die Kultusministerkonferenz (KMK) für die erste und zweite Phase des Hochschulpaktes prognostiziert hat, heißt es im Antrag weiter. So sei die Zahl der Erstsemester in

Deutschland in der ersten Phase des Hochschulpaktes stetig gewachsen. Für die bereits laufende zweite Phase des Hochschulpaktes muss laut Linksfraktion von über 568.000 zusätzlichen Studienanfängern ausgegangen werden. Seitens der KMK wurde die Zahl von zu erwartenden Studienanfängern im Januar 2012 zwar auf 357.000 zusätzliche Erstsemester nach oben korrigiert - was aber nach Ansicht der Linken immer noch zu wenig ist. In den kommenden fünf Jahren würden mehr als 200.000 Studienplätze für Studienanfänger fehlen, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag.

Quelle: [Deutscher Bundestag](#)

14. **Gesellschaft Deutscher Chemiker: Keine weitere Beteiligung am CHE-Ranking**

Vorstand der Gesellschaft Deutscher Chemiker empfiehlt den chemischen Fachbereichen in Deutschland, das CHE-Hochschulranking zu boykottieren. Evaluierungen sind nicht nur für die Hochschulen selbst, sondern auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs wichtig, um sich besser orientieren zu können. Daher müssen Rankings und Ratings eine solide Basis haben und verlässlich sein. Wie kürzlich die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) feststellte, genügt das CHE-Ranking diesen Ansprüchen nicht, sondern weist gravierende methodische Schwächen und empirische Lücken auf. Weiterhin führen die summarische Bewertungspraxis und die spezifischen Publikationsformate dieses Rankings unweigerlich zu Fehlinterpretationen. Als Konsequenz hatte die DGS die soziologischen Hochschulinstitute aufgefordert, sich nicht an der Datenerhebung für das nächste CHE-Ranking der Soziologie zu beteiligen. Dieser Argumentation schließt sich die GDCh an.

Quelle: [Gesellschaft Deutscher Chemiker \[PDF - 38.8 KB\]](#)

15. **Ehepaar Kachelmann bei Jauch - Nachgeplapperte Lügen**

Er wurde vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen, trotzdem musste sich Jörg Kachelmann im Sonntagabend-Talk der ARD beschimpfen lassen. Ex-"Bild"-Mann Tiedje durfte ungebremst über den Wettermann herziehen, Gastgeber Jauch zeigte sich unsicher - und ahnungslos.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

***Anmerkung JB:** Unsicher und ahnungslos zeigt sich Günther Jauch eigentlich bei fast jeder Ausgabe seiner Talkshow. Erstaunlich ist, dass die Medienkontrolleure von SPIEGEL und Co. ausgerechnet bei dem belanglosen Kachelmann-Thema auf Jauch einprägen. Die Prügel ist zwar angebracht, wäre jedoch in steter Regelmäßigkeit notwendig. Auch in seiner letzten Sendung, in der Peer Steinbrück zu Gast war, wirkte Jauch komplett sedierte - dazu war jedoch kein kritisches Wort in der Medienkontrolleure zu hören.*

16. **Wolfgang Bittner: Plagiatoren - Der beliebteste deutsche Vorname**

Es ist eigentlich ganz einfach: Täuschen kann man nur mit Absicht. Und wer nicht wissenschaftlich arbeiten kann, sollte auch keinen Dokortitel bekommen. Fußnoten aus aktuellem Anlass.

Quelle: [FAZ](#)

17. **Wege aus der europäischen Krise - Konferenz über Alternativen zur Sparpolitik**

Der europäische Einigungsprozess stand seit Jahrzehnten für Frieden und Stabilität. Doch nun ist das Projekt Europa auf der Kippe, denn immer mehr Menschen verbinden damit Staatsschulden, Sozialabbau und Bürokratie. Durch die einseitig auf Geldwertstabilität fixierte Euro-Konstruktion und verfehlte Schulden- und Defizitkriterien, durch falsche wirtschaftspolitische Koordinierung und die sträfliche Vernachlässigung der Sozialunion wurden die Weichen falsch gestellt. Mit dem neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-)Märkte trägt die EU nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Krise bei. Daher braucht der Einigungsprozess eine neue identitätsstiftende Leitidee. Europa muss die sozialen Rechte der Menschen sichern und erweitern, es braucht eine Demokratieoffensive, die von einer Bürgerbewegung getragen ist. Die Integration Europas muss auf der Solidarität der Menschen begründet werden.

Wir fragen: Wie machen wir aus Europa mehr als eine Währungsunion? Geht der Weg über eine Stärkung europäischer Institutionen und deren demokratischer Legitimation? Welche sozialen Auswirkungen hat die Austeritätspolitik Merkelscher Prägung und welche realisierbaren Alternativen gibt es dazu? Aber auch: Wie realistisch ist gegenwärtig die Option eines »demokratisch begründeten« Europa? Wie wird die Zukunft Europas in anderen EU-Ländern diskutiert?

Campus Essen (Universität Duisburg-Essen)

Samstag, 17. November 2012 | 10.30 Uhr

Quelle: [Europa neu begründen](#)

18. **Zu guter Letzt: Klaus von Wagner über Europa**

In den Mitternachtsspitzen

Quelle: [WDR auf YouTube](#)

19. **NachDenkSeiten-Podcast**

Zuschussrente fürs Finanzkapital

Quelle: [freie-radios](#)

Anmerkung: Das noch junge Podcast-Verzeichnis finden Sie [hier](#).

Den Podcast-Feed für Programme wie itunes finden Sie [hier](#).